

Die OAS zwischen Putschen und Wahlen

Fidel Castro charakterisierte die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) als „Ministerium für die Yankee-Kolonien“. Die OAS wurde am 30. April 1948 in der Hauptstadt Kolumbiens, Bogotá, gegründet und hat ihren Hauptsitz in Washington. Ihre Mitglieder sind die Staaten Nord-, Mittel- und Südamerikas. Die OAS ging aus dem Rio-Pakt hervor, der am 30. August 1947 in Rio de Janeiro unterzeichnet wurde.

Zur Zeit der Gründung der OAS bestimmten zwei Tendenzen die Lage auf dem amerikanischen Kontinent: Einerseits hatten zwischen den beiden Weltkriegen die Ideen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland einen großen Einfluß auf die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen in Lateinamerika genommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg verlieh der Sieg der Sowjetunion über den deutschen Faschismus den antiimperialistischen Kräften Lateinamerikas, in denen die kommunistischen Parteien eine wesentliche Rolle spielten, neue Impulse. Sie forderten sozialökonomische und Agrarreformen sowie politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit von den USA. Andererseits hatten sich die USA selbstherrlich und siegessicher als „Weltgendarm“ eingesetzt und den „Kalten Krieg“ gegen die Sowjetunion eröffnet. Die USA betrieben die Geburt der OAS, um die Monroe-Doktrin mit neuem Gesicht durchzusetzen. Nach ihrer Logik mußte die „Gefahr des Kommunismus“ von dem Kontinent, den sie als ihr gelobtes Reich mit Hinterhof betrachten, ferngehalten werden.

Die Charta der OAS gibt vor, Demokratie und Menschenrechte zu fördern, den Frieden zu sichern und eine panamerikanische Freihandelszone zu schaffen. Streitigkeiten amerikanischer Staaten untereinander sollen friedlich geregelt werden. Wie die friedlichen Lösungen der OAS aussehen, erfuhren die lateinamerikanischen und karibischen Länder in den Jahren danach bis heute. Seit der Gründung der OAS fanden 25 Militärputsche und ausländische Interventionen statt. Sie kosteten über eine Million Menschenleben und trieben weitere Millionen Lateinamerikaner in die Armut und ins Exil.

Als die OAS gegründet wurde, herrschten in Lateinamerika und der Karibik Militärdiktaturen: Somoza in Nicaragua, Batista auf Kuba, Trujillo in der Dominikanischen Republik. 1953 putschte General Rojas Pinilla in Kolumbien. 1954 stürzten die Militärs in Guatemala den Präsidenten Jacobo Árbenz. Im Mai 1954 putschte General A. Stroessner in Paraguay.

Allen Anstrengungen zum Trotz, das „Gespenst des Kommunismus“ vom amerikanischen Kontinent fernzuhalten und die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen zu stoppen, siegte am 1. Januar 1959 die kubanische Revolution. 1960 verhängte

Präsident Eisenhower die ersten Maßnahmen einer bis heute bestehenden unmenschlichen Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade über Kuba. Am 17. April 1961 überfielen die USA Kuba in der Schweinebucht. Kuba wehrte diese Invasion ab. Am 22. Januar 1962 schloß die OAS Kuba wegen seiner „marxistisch-leninistischen Wende“ aus. Das Beispiel Kubas jedoch strahlte auf die Befreiungsbewegungen der Länder Lateinamerikas und der Karibik aus. Es entstanden starke Linksbündnisse wie die Frente Amplio in Uruguay und die Unidad



Popular in Chile oder Guerilla-Organisationen wie die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens, die Zapatistische Armee Mexikos, die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung in Nicaragua, der „Leuchtende Pfad“ in Peru, die Stadtguerilla „Tupamaros“ in Uruguay oder die Farabundo Marti der Nationalen Befreiung in El Salvador.

Die Oligarchien der Länder Lateinamerikas und der Karibik, unterstützt von Washington und der OAS, schlugen zurück. Im März 1964 errichtete General Castello Branco in Brasilien eine Militärdiktatur, die bis 1985 das Land beherrschte. Ebenfalls 1964 putschte General René Barrientos gegen Boliviens Präsident Víctor Paz Estenssoro. Im Januar 1971 eroberte Oberst Hugo Banzer die Macht in Bolivien, die er bis 1978 ausübte. Im September 1964 stürzte Joaquín Balaguer mit Hilfe von 40 000 US-Marines den Präsidenten der Dominikanischen Republik Juan Bosch. Im Juni 1973 errichtete das Militär in Uruguay eine Diktatur, die erst 1985 zu Ende ging. Am 11. September 1973 putschte das chilenische Militär unter General Augusto Pinochet gegen die Regierung der Unidad Popular unter Präsident Salvador Allende und errichtete eine grausame Diktatur, die bis März 1990 dauerte. In den 1970er Jahren herrschten in den meisten Mitgliedstaaten der OAS Diktaturen. Die 1959 gegründete Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) der OAS

machte zwar auf Menschenrechtsverletzungen in Chile, Argentinien, Nicaragua oder El Salvador aufmerksam, verhinderte sie aber nicht.

Am 19. Juli 1979 verjagte das nicaraguanische Volk unter Führung der FSLN die Somoza-Diktatur. Die USA erklärten, kein zweites Kuba auf amerikanischen Boden zuzulassen. Sie antworteten auf die Sandinistische Volksrevolution mit dem Contra-Krieg und dem Wirtschaftsembargo. Erneut versagten OAS und CIDH. Sie versagten auch, als im Oktober 1983

Tausende US-Soldaten Grenada besetzten. Und sie drückten die Augen zu, als US-Truppen 1989 in Panama einfielen.

Nach der Niederlage des Sozialismus in Europa hielt das revolutionäre Kuba das Banner des Sozialismus auf dem amerikanischen Kontinent weiter hoch. Washington und die OAS konnten nicht verhindern, daß die KP Kubas neue Verbündete im antiimperialistischen Kampf fand. 1990 trafen sich Fidel Castro und der brasilianische Arbeiterführer Luiz Inácio „Lula“ da Silva in Havanna. Auf ihre Initiative hin versammelten sich Anfang Juli 1990 in São Paulo Vertreter politischer Parteien und Bewegungen in Lateinamerika und der Karibik. Ein Jahr später, wurde daraus das São-Paulo-Forum. Es ist heute eins der wirkungsvollsten antiimperialistischen Bündnisse in der Welt.

Im Februar 1999 wurde Hugo Chávez Präsident Venezuelas. Er

leitete die Bolivarische Revolution ein. Bis heute regiert die von ihm gegründete Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas (PSUV) das Land. Es folgten die Wahlerfolge linker und Fortschrittskräfte: In Chile die Sozialistische Partei 2000 mit Ricardo Lagos und 2006 mit Michelle Bachelet. In Brasilien die Arbeiterpartei 2003 und 2007 mit Luiz Inácio Lula da Silva und 2011 mit Dilma Rousseff; in Uruguay die Frente Amplio 2004 mit Tabaré Vázquez Rosas und 2010 mit José Mujica; in Bolivien die Bewegung zum Sozialismus (MAS) 2005, 2010 und 2014 mit Evo Morales; in Ecuador die Bewegung PAÍS 2006, 2009 und 2013 mit Rafael Correa; in Nicaragua die FSLN 2006, 2011 und 2016 mit Daniel Ortega; in Paraguay 2008 der Befreiungstheologe Fernando Lugo Präsident; in El Salvador die FMLN 2009 mit Mauricio Funes und 2014 mit Salvador Sánchez Cerén.

2005 erblickte die Bolivarische Allianz der Völker (ALBA-TPC) das Licht der Welt. Am 23. Februar 2010 gründete sich die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC). Ihr gehören alle OAS-Staaten außer die USA und Kanada an. Es folgte der gemeinsame Sender teleSUR, der Wirtschaftsverbund UNASUR und die Bank des Südens. 2016 wurde das Forum CELAC-China ins Leben gerufen.

Die lateinamerikanischen Oligarchien und Washington begannen daraufhin mit Hilfe

der OAS, Linke und Fortschrittskräfte aus den Regierungen zu drängen: 2009 Manuel Zelaya in Honduras, 2012 Fernando Lugo in Paraguay und 2016 Dilma Rousseff in Brasilien. Als 2018 „Lula“ da Silva Favorit bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl war, bekam er den Prozeß. Auf Kuba, in Venezuela und Nicaragua versuchten es die Gegner mit „bunten Revolutionen“. Sie mißlangen. Nach Kuba wurden daraufhin auch Nicaragua und Venezuela mit Sanktionen belegt.

USA-Strategie Gene Sharp entwarf ein verändertes Szenarium: Das Wahlergebnis und den

Im März 2008 fand in Santo Domingo, Dominikanische Republik, der XX. Gipfel der Rio-Gruppe statt. Dort schlug Hugo Chávez den Staaten vor, die OAS zu verlassen und die Rio-Gruppe zur Organisation der lateinamerikanischen und karibischen Völker zu entwickeln. Daniel Ortega aus Nicaragua und sein Kollege Rafael Correa aus Ecuador schlossen sich dem Vorschlag an.

Am 3. Juni 2009 entschied die OAS-Generalversammlung in Honduras, die Suspendierung der Teilnahmerechte Kubas ohne Vorbedingungen aufzuheben. Kuba begrüß-

2018 schlug US-Ex-Vizepräsident Mike Pence auf einer Beratung der OAS vor, „mit einem Schlag Nicaragua, Kuba und Venezuela zu befreien“ und radikal reinen Tisch zu machen. Er forderte die Staaten der OAS auf, Venezuela aus der Organisation auszuschließen.

Im Dezember 2018 schloß die linke Frente Amplio Uruguays den Generalsekretär der OAS Luis Almagro, mit dem sie wegen seiner Kritik an Kuba, Venezuela und Nicaragua ernsthafte Diskrepanzen hatte, aus ihren Reihen aus. Sie beschuldigte ihn, „ein Wolf im Schafspelz zu sein“.

Im Oktober 2020 faßte die OAS einen antinicaraguanischen Beschluß. Sie forderte die Regierung Nicaraguas auf, das Wahlsystem zu reformieren. Mit harten Worten erinnerte Mexiko die OAS daran, daß sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten einmischen darf. Mexiko kritisierte die OAS für ihr Bündnis mit den Putschisten in Bolivien und forderte den Rücktritt Almagros. Die Puebla-Gruppe¹ unterstützte dieses Ansinnen. Die Rolle, die Almagro bei der Destabilisierung der Demokratie in Bolivien spielte, disqualifiziere ihn, die Aufgabe des demokratischen Vermittlers auszuüben.

Am 18. und 19. September 2021 trafen sich Vertreter aus 32 Ländern zum VI. CELAC-Gipfel in Mexiko-Stadt. Er gab eine 44 Punkte umfassende Erklärung ab, die unter anderem die Beendigung der US-Blockade gegen Kuba fordert und Vereinbarungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, zur Einrichtung einer regionalen Weltraumagentur sowie zur Schaffung eines Fonds für durch den Klimawandel verursachte Naturkatastrophen enthält.

Der Präsident Kubas Miguel Díaz-Canel erklärte auf dem Gipfel, daß sein Land bereit ist, an der Produktion und Verteilung der kubanischen Impfstoffe gegen Covid-19 im Rahmen der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) mit interessierten Ländern zusammenzuarbeiten. Als erstes lateinamerikanisches Land hat Kuba fünf eigene, hochwirksame Vakzine zum Schutz vor dem Virus entwickelt. Der Präsident Mexikos López Obrador erklärte, daß „das kubanische Volk eine Auszeichnung für seine Würde“ verdiene.

Von einer Politik, wie sie die CELAC in Mexiko demonstrierte, ist die OAS weit entfernt. Die Botschaft, die Chinas Präsident Xi Jinping an den CELAC-Gipfel sandte, kam gut an. Er schlägt den Ländern Lateinamerikas und der Karibik eine neue Etappe in den Beziehungen mit China vor. Sie soll von Gleichheit, gegenseitigem Nutzen und Offenheit geprägt sein. Es wird eng für die USA und ihre OAS.

Wolfgang Herrmann
Dreesch



13. Dezember 1994, Flughafen Havanna: Fidel Castro trifft zum ersten Mal Hugo Chávez

gewählten Präsidenten nicht anerkennen. Das Gewaltpotenzial und das Chaos im Land erhöhen und die politische Krise deklarieren. Eine innere parlamentarische Front errichten, die sich als institutionelle Gegenmacht präsentiert und fordert, international anerkannt zu werden. Einen Interimspräsidenten ernennen und die internationale Gemeinschaft mit Hilfe der OAS auffordern, ihn als De-Facto-Präsidenten anzuerkennen. Dieses Konzept des „weichen“ Putsches ging in Nicaragua und Venezuela nicht auf. In Bolivien hatte es 2019 gegen Evo Morales zunächst Erfolg, um dann 2020 bei den Wahlen zu scheitern. Luis Arce holte die Regierung für die MAS zurück. Es verwundert nicht, daß die OAS alle nach Putschen eingesetzten Interims-Präsidenten anerkannte. So geschehen 2009 in Honduras, 2012 in Paraguay, 2016 in Brasilien, 2019 in Venezuela und Bolivien.

Das größte strategische Interesse der USA besteht darin, den Einfluß Chinas und Rußlands in der Region zu verhindern. Dafür manipulieren sie die OAS und drohen den Ländern der Region, die mit China und Rußland zusammenarbeiten wollen, mit Sanktionen. Auf Knopfdruck begrüßte die OAS das Gesetz Renacer gegen Nicaragua. Es ist ein größerer Plan, der das US-Imperium neu beleben soll. Seit 2004 kritisierten verschiedene Staatsschefs der lateinamerikanischen und karibischen Länder bei allen möglichen Gelegenheiten die OAS, weil sie sich immer mehr zum Willensvollstrecker Washingtons auf dem amerikanischen Kontinent entwickelte.

te den Beschluß, erklärte aber sein Desinteresse an der Mitarbeit in einer Organisation, die sich den Interessen der USA unterordne. Im April 2015 fand der VII. Gipfel der OAS in Panama-Stadt statt. Gegen den Willen der US-Administration hatte Panamas Präsident Kuba eingeladen. Die Staatsschefs Brasiliens, Argentiniens, Nicaraguas, Boliviens, Uruguays, El Salvadors, von Trinidad und Tobago, San Vicente und die Granadinen, Antigua und Barbuda forderten die Regierung der USA auf, die Souveränität der Völker zu achten. Im Januar 2016 versammelten sich die Vertreter der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) auf dem IV. Gipfel in Quito, der Hauptstadt Ecuadors. Dort schlug der Präsident Ecuadors Rafael Correa vor, daß CELAC die von den USA beherrschte OAS ablösen solle. Am 26. April 2017 kündigte der venezolanische Präsident Nicolás Maduro an, daß sich sein Land aus der OAS zurückziehen werde.

Die Mahnungen ließen die Rechten in der OAS kalt. Im Sommer 2016 trafen sich auf dem Campus der Universität „Wolfson del Miami Dade College“ auf Florida die Ex-Präsidenten Jorge Quiroga aus Bolivien, Laura Chinchilla aus Costa Rica, Andrés Pastrana aus Kolumbien, Vicente Fox aus Mexiko, Luis Alberto Lacalle aus Uruguay und Luis Alberto Lacalle aus Spanien, zu einem Forum. Mit von der Partie war der Generalsekretär der OAS Luis Almagro. Diese illustre Runde debattierte über die Lage, die in Lateinamerika auf dem Gebiet der Demokratie herrsche. Am 7. Mai

¹ Die Puebla-Gruppe ist ein politisches und akademisches Forum, dem Vertreter der iberoamerikanischen Linken angehören. Es wurde am 12. Juli 2019 in der mexikanischen Stadt Puebla gegründet. Nach dem Willen seiner Gründerinnen und Gründer besteht sein Hauptziel darin, Ideen, schöpferische Beispiele, Entwicklungsprogramme und Staatspolitik mit fortschrittlichem Charakter auszuarbeiten.